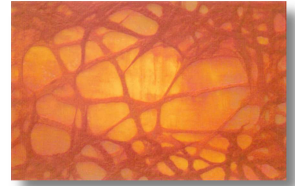




Zukunftswerkstatt Jena [<https://zw-jena.de/>]



Klimanetz Jena [<https://klimanetz-jena.de/>]

Wahlprüfsteine zum Klimaschutz zur Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019

Die Parents for Future- Gruppe in Erfurt hat im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen am 27. Oktober 2019 die für diese Landtagswahl zugelassenen 18 Parteien befragt, wie sie zu den Forderungen der Fridays for Future-Bewegung stehen. Dazu wurden diesen Parteien folgende Aussagen mit der Bitte um eine Bewertung und Rückinformation übermittelt:

1. Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung, die bei allen politischen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen ist.
2. Ab 2035 dürfen nur so viel Treibhausgase ausgestoßen werden, wie durch natürliche Prozesse (Wachstum von Pflanzen, etc.) wieder aufgenommen werden können (Nettonull).
3. Der Kohleausstieg, also die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, muss bis 2030 erfolgen.
4. Deutschland muss bis 2035 seinen gesamten Energiebedarf durch erneuerbare Energien decken. Das beinhaltet auch die Energie für Transport und Wärme-Erzeugung.
5. Die Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Öl und Gas) müssen bis Ende 2019 beendet werden.
6. Bis Ende 2019 muss ein für den Klimaschutz angemessener Preis für alle Treibhausgasemissionen sozial gerecht eingeführt werden.

Jede Aussage konnte mit Ja oder Nein beantwortet werden. Zu jeder Frage gab es darüber hinaus ein Freitextfeld, in dem die jeweilige Bewertung erläutert werden konnte. Insofern gab es für die Parteien auch gewissen Spielraum vom reinen Ja oder Nein abzuweichen.

Ergebnisse der Befragung

Ein Überblick über die gegebenen Antworten in Form einer grafischen Darstellung wurde unter https://parentsforfuture.de/system/files/2019-10/P4F_LTW_Th%C3%BCringen_WPS_Matrix_Flyer.pdf veröffentlicht.

Die Antworten im Detail sind unter <https://parentsforfuture.de/de/node/1536> einzusehen.

Einige der übermittelten Antworten sind jedoch von solcher Art, dass ein Abgleich mit wissenschaftlich begründeten Fakten angebracht ist. Im Folgenden sind deshalb zu einigen ausgewählten Antworten die Fakten dargestellt und die Quellen für die dargestellten Fakten zur weiteren Überprüfung angegeben.

Der Faktencheck ist in den Blogs des [Klimanetzes Jena](#) und der [Zukunftswerkstatt Jena](#) veröffentlicht.

(1) Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung, die bei allen politischen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen ist.

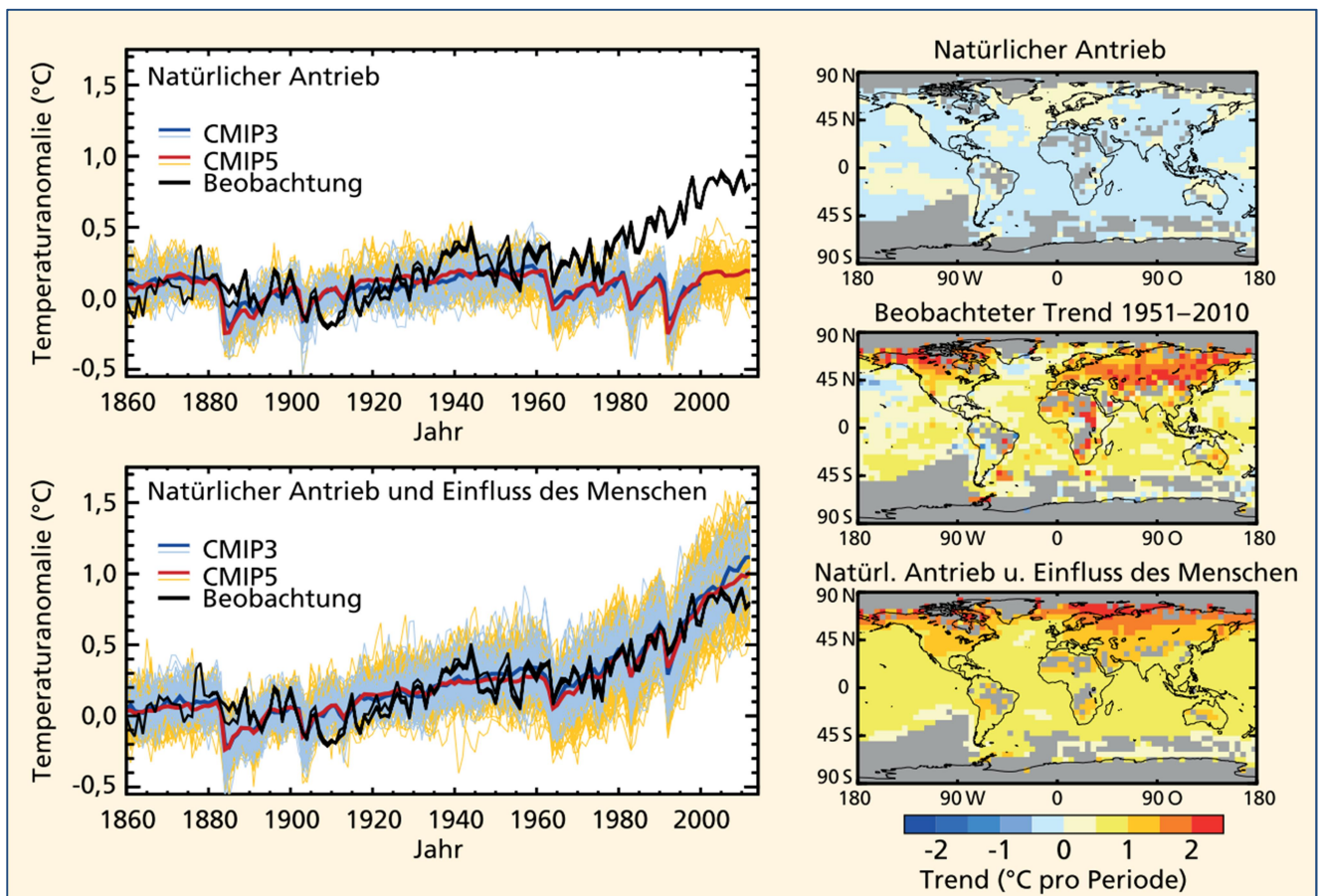
Antwort der AfD: Nein

„Die AfD sieht bei der Begründung des Zusammenhangs zwischen der langfristig vorhergesagten Klimaentwicklung und den menschengemachten Treibhausgas-Emissionen erhebliche wissenschaftliche Unsicherheiten. Unstrittig ist jedoch, dass sich das Klima auf unserem Planeten schon immer gewandelt hat und es sich auch derzeit im Wandel befindet. ...“

Fakt ist:

Die angegebene Quelle, aus der hier zitiert wird, ist als ein Beispiel zu sehen; es gibt viel mehr dazu.

„Der Fingerabdruck menschengemachter Treibhausgasanstiege ist im Muster der beobachteten Klimaänderung des 20. Jahrhunderts deutlich erkennbar. Die beobachtete Änderung kann nicht anderweitig durch die in Klimamodellen simulierten Fingerabdrücke natürlicher Antriebe oder natürlicher Variabilität erklärt werden. Zuordnungsstudien unterstützen daher die Schlussfolgerung, dass »es äußerst wahrscheinlich ist, dass Aktivitäten des Menschen mehr als die Hälfte des beobachteten Anstiegs der mittleren globalen Erdoberflächentemperatur von 1951 bis 2010 verursacht haben«.“



Quelle: https://www.de-ipcc.de/media/content/IPCC_AR5_WGI_FAQ_deutsch.pdf – Seite 58

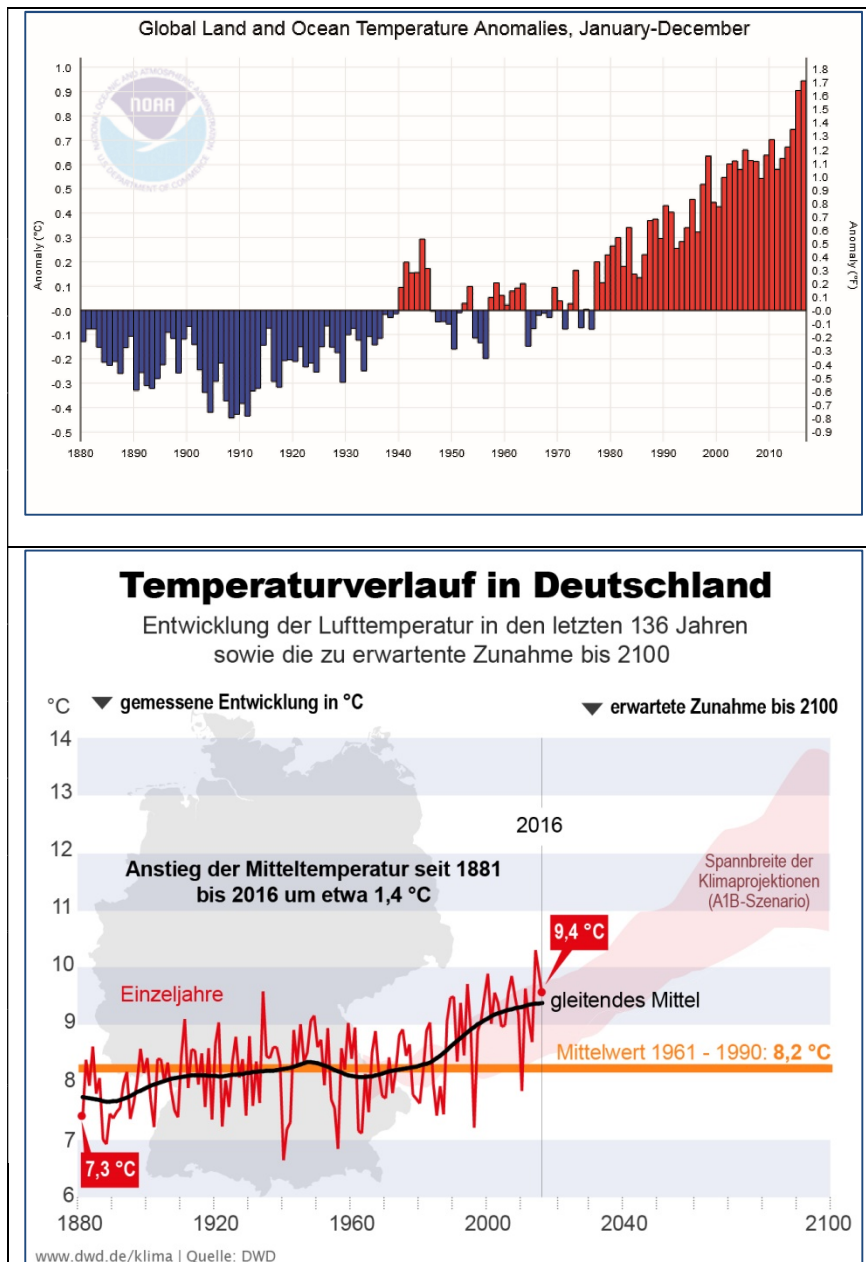
(1) Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung, die bei allen politischen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen ist.

Antwort der AFD: Nein

„... Der Anstieg der sog. Globaltemperatur ist in den letzten 20 Jahren fast zum Stillstand gekommen, und das bei ungeminderter Kohlendioxid-Emission.“

Fakten Check:

Gegen diese Aussage der AFD stehen folgende Messergebnisse – alle Angaben bis jeweils 2016:



**Die wärmsten 10 Jahre global
seit 1880 und Abweichung
des Jahresmittels gegenüber
dem Mittel des 20.
Jahrhunderts:**

1. 2016 (+0,94 °C)
2. 2015 (+0,90 °C)
3. 2014 (+0,74 °C)
4. 2010 (+0,70 °C)
5. 2013 (+0,67 °C)
6. 2005 (+0,66 °C)
7. 2009 (+0,64 °C)
8. 1998 (+0,63 °C)
9. 2012 (+0,62 °C)
10. 2003 (+0,61 °C)
10. 2006 (+0,61 °C)
10. 2007 (+0,61 °C)

Eine Stagnation der globalen bzw. deutschlandweiten Jahresmitteltemperaturen ist nicht erkennbar.

Quelle: <https://www.klimafakten.de/meldung/klimawandel-eine-faktenliste>

(2) Ab 2035 dürfen nur so viel Treibhausgase ausgestoßen werden, wie durch natürliche Prozesse (Wachstum von Pflanzen, etc.) wieder aufgenommen werden können (Nettonull).

Antwort der AFD: Nein

„Der Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Luft hat zum Ergrünen der Erde und zu besseren Ernteerträgen geführt. Die Wachstumsförderung von Kohlendioxid ist im Experimenten nachgewiesen und theoretisch durchdrungen worden und kann als wissenschaftlich 100%ig erwiesen gelten. ...“

Fakten Check:

Zitat aus der unten angegebenen Quelle:

„Etwaige Düngeeffekte durch höhere CO₂-Konzentrationen sind längerfristig gering oder null, da die Wirkung anderer für das Wachstum entscheidende Faktoren stärker ist. Mit weiter zunehmenden Kohlendioxid-Werten werden die negativen Effekte des Klimawandels für die Landwirtschaft in vielen Regionen überwiegen. Beispielsweise warnen Forscher, mehr CO₂ in der Luft lasse den Eiweißgehalt von Weizen sinken - und damit die Güte des daraus gebackenen Brots.

Pflanzen reagieren unterschiedlich und ungleichmäßig auf eine erhöhte CO₂-Konzentration in der Luft. Grundsätzlich regt ein vermehrtes Angebot von Kohlendioxid die Photosynthese an, wobei die Wirkung bei sogenannten C3-Pflanzen wie Weizen, Reis, Soja stärker ist als bei sogenannten C4-Pflanzen wie Mais, Hirse oder Zuckerrohr. Feldexperimente jedoch zeigen, dass dieser sogenannte „CO₂-Düngeeffekt“ oft keine oder nur eine vorübergehende Wirkung auf das Wachstum hat.

Ein höheres CO₂-Angebot führt in den meisten Fällen nicht zu mehr Wachstum, weil die Pflanzen wichtige Nährstoffe aus dem Boden beziehen (z. B. Phosphor) – und das Angebot dieser Stoffe nimmt ja nicht parallel zum Kohlendioxid zu. Auch Wassermangel und überhöhte Temperaturen können das Wachstum begrenzen.

Nun sind aber höhere Temperaturen und größere Trockenheit (oder zumindest unregelmäßigere Niederschläge) zwei der allgemein erwarteten Folgen des Klimawandels. Salopp gesagt wird vielen Pflanzen ein höherer CO₂-Gehalt in der Luft auch deshalb keine großen Vorteile bieten, weil sie künftig häufiger versengen und verdorren. Und was das Problem des Nährstoffmangels angeht: Die Wirkungen eines Düngemitelesatzes sind unter Freilandbedingungen erfahrungsgemäß deutlich geringer als ursprünglich auf Grund von Topfversuchen angenommen wurde.

Anhänger der These, der Klimawandel und insbesondere mehr Kohlendioxid sei gut für Pflanzen, verweisen häufig auf eine Untersuchung, der zufolge die Erde seit den 1980er Jahren deutlich „ergrünt“ sei. Doch einige der Autoren wiesen anlässlich der Veröffentlichung explizit darauf hin, dass ihre Studie nicht als Argument gegen Emissionsminderungen taue. Erstens nämlich wögen die negativen Folgen des Klimawandels deutlich schwerer als der CO₂-Düngeeffekt, und zweitens lasse dieser ohnehin mit der Zeit nach. Dieser Punkt wurde auch durch ein 17 Jahre laufendes Forschungsprojekt mit Feldexperimenten in Kalifornien bestätigt“

Quelle: <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-co2-ist-ein-pflanzenduenger-und-kein-schadstoff>

(2) Ab 2035 dürfen nur so viel Treibhausgase ausgestoßen werden, wie durch natürliche Prozesse (Wachstum von Pflanzen, etc.) wieder aufgenommen werden können (Nettonull).

Antwort der AFD: Nein

„... Im Gegenteil dazu ist der Einfluss von Kohlendioxid auf das Erdklima, eine Hypothese. ...“

Fakt ist:

CO₂ ist die Hauptursache des gegenwärtigen Klimawandels, auch wenn das bei anderen Klimawandeln in der Erdgeschichte anders gewesen sein mag.

„Eiszeitalter sind durch einen Wechsel von Eis- und Warmzeiten geprägt. Wenn die Erde aus einer Eiszeit kommt [Deglaziationsphase], wird die Erwärmung tatsächlich nicht durch Kohlendioxid verursacht, sondern durch Veränderungen der Erdumlaufbahn und der Erdachse. ... Warmzeiten treten ungefähr alle 100.000 Jahre auf. Man spricht in diesem Zusammenhang von den Milanković-Zyklen, die durch Veränderungen der Erdumlaufbahn und der Rotationsachse verursacht werden.

...

Eine Analyse der Forschungsergebnisse zu den vergangenen Deglaziationsphasen ergibt jedenfalls:

- Die Deglaziation wird nicht durch CO₂, sondern durch Orbitalzyklen angestoßen.
- CO₂ verstärkt jedoch das Ausmaß der Erderwärmung, das nicht durch Orbitalzyklen allein erklärt werden kann und sorgt zudem für eine Verteilung der Erwärmung über den gesamten Globus.

Für den aktuellen Klimawandel lässt sich aus alldem Zweierlei lernen: Die gegenwärtige Erderwärmung vollzieht sich viel zu schnell und zu heftig, als dass sie mit orbitalen Faktoren erklärt werden könnte, zumal die gegenwärtigen Veränderungen der Erdbahnparameter zu einer sehr langsamen Abkühlung führen müssten. Momentan geht also etwas grundsätzlich anderes vor als in Deglaziationsphasen, bei denen der CO₂-Anstieg tatsächlich erst durch die Erderwärmung angestoßen wurde. Was dann aber auf diese höhere Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre folgte, lässt wertvolle Rückschlüsse darauf zu, wie das Klimasystem der Erde heute bzw. in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten auf die menschengemachten CO₂-Emissionen reagieren dürfte.“

Quelle: <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-die-co2-emissionen-des-menschen-sind-winzig>

(3) Der Kohleausstieg, also die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, muss bis 2030 erfolgen.

Antwort der SPD: Nein

„... Wir glauben aber, dass es am Ende durchaus dazu kommen kann, dass der Ausstieg vor 2030 bewältigt wird – und wir streben das auch an und unterstützen dies vehement. ...“

Antwort der AFD: Nein

„Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte und von der rot-rot-grünen Landesregierung massiv unterstützte sogenannte Energiewende entpuppt sich längst als ideologische Utopie. Statt einer Veränderung des Klimas und einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes bewirkt sie lediglich eine instabile Stromversorgung und sorgt für einen immer weiter ansteigenden Strompreis.“

Antwort der FDP: Nein

„Die Grundlage einer liberalen Energiepolitik ist die Orientierung an den Interessen der privaten und gewerblichen Energieverbraucher, die eine umweltschonende, sichere, aber auch preiswerte Energieversorgung erwarten. Eine hohe Lebensqualität und günstige wirtschaftliche Standortbedingungen gehören auch in der Energiepolitik zum Leitbild der Freien Demokraten. Hierbei wird der planwirtschaftliche und teure Alleingang Deutschlands beim Kohleausstieg das Klima nicht retten. Daher lehnen wir einen festen Termin für den Kohleausstieg ab. ...“

(4) Deutschland muss bis 2035 seinen gesamten Energiebedarf durch erneuerbare Energien decken. Das beinhaltet auch die Energie für Transport und Wärme-Erzeugung.

Antwort der CDU: Nein

„...Grundlegend sprechen wir uns für Technologieoffenheit und einen ausgewogenen Energiemix aus.“

Antwort der AFD: Nein

„Die sog. Erneuerbaren gefährden schon jetzt durch die nicht vorhandene Grundlastfähigkeit unsere Stromversorgung. Ein Umstieg in den Sektoren Verkehr und Wärme auf Elektroenergie auf Basis der sog. erneuerbaren Energien ist faktisch ausgeschlossen. Um das zu erkennen, reicht der gesunde Menschenverstand und die Anwendung des Dreisatzes. ...“

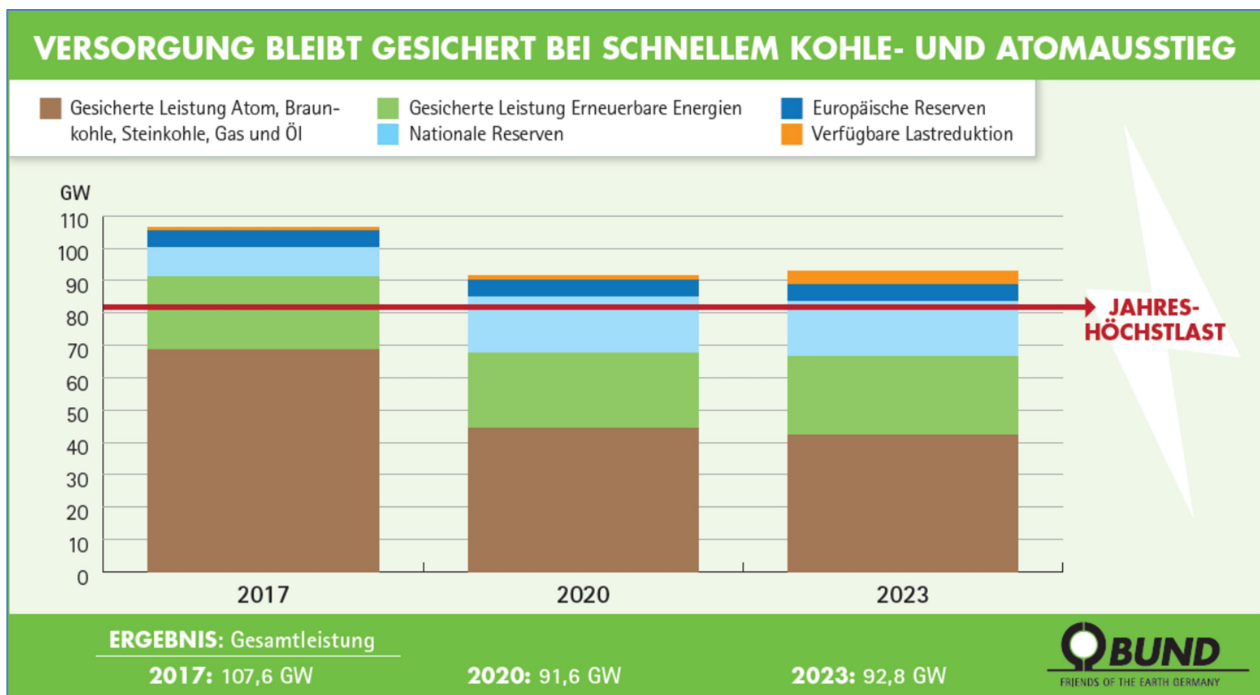
Antwort der FDP: Nein

„Erneuerbare Energien stellen für uns ein außerordentlich wichtiges Element im Energiemix der Zukunft dar. Statt ideologische Debatten zu führen, wollen wir aber am eigentlichen Ziel arbeiten, die THG Emissionen weltweit zu reduzieren. Deswegen setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf Innovation und Technologieoffenheit. Wenn auch Technologien auf Grundlage nicht-erneuerbarer Energien das Potential besitzen, mittelfristig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, wollen wir uns dem nicht verschließen (bspw. hocheffiziente Gaskraftwerke). Daher sprechen wir uns zwar dafür aus, die Entwicklung erneuerbarer Energiegewinnung und innovativer Klimaschutzkonzepte entschieden voranzutreiben, wollen aber keine Technologien von vornherein ausschließen.“

Fakt ist:

Die Verbrennung von Braunkohle zum Zweck der Stromerzeugung ist mit den höchsten CO₂-Emissionen im Vergleich zu anderen Verfahren der Stromerzeugung verbunden. Eine Reduzierung an dieser Stelle würde unmittelbar einen großen Effekt bei der CO₂-Einsparung erbringen, insbesondere wenn dabei alte, mit schlechtem Wirkungsgrad arbeitende Kraftwerke vom Netz genommen würden.

In einer Studie des BUND wurde ein Abschaltplan für Kohlekraftwerke entwickelt, der die Versorgungssicherheit gewährleistet. Ebenso verzichtet dieser Plan auf eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken:



Quelle:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_bund_abschaltplan_kohle_atom.pdf

Darüber hinaus bestätigt eine Studie von 14 Wissenschaftler*innen der LUT University in Finnland und dem Umweltnetzwerk EnergyWatchGroup mit dem Titel „Global Energy System based on 100 % Renewable Energy“: Die vollständige Energiewende in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr ist möglich, würde günstiger sein als oft behauptet und auch günstiger als ein reines Fortführen unseres derzeitigen Energiesystems.

Quelle: http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_LUT_100RE_All_Sectors_Global_Report_2019.pdf

(5) Die Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Öl und Gas) müssen bis Ende 2019 beendet werden.

Antwort der CDU: Nein

„Diese Forderung ist angesichts des gerade erst vorgelegten Klimapaktes und dem nahen Ende des Jahres 2019 unrealistisch. Durch längerfristige Verpflichtungen der Fördermittelgeber kann die bestehende Förderpraxis nicht so schnell beendet werden, muss aber auf den Prüfstand gestellt werden und wird in den kommenden Jahren parallel zur vermehrten Nutzung Erneuerbarer Energien sukzessive abgebaut.“

Antwort der SPD: Nein

„... Beim Wegfall der Pendlerpauschale etwa, wäre das der Fall und es würde zudem Menschen im ländlichen Raum besonders hart treffen. Für den sozialen Frieden im Land, wäre das äußerst kontraproduktiv. Deshalb plädieren wir dafür, die Folgewirkungen der Streichung der Subventionen insbes. im Hinblick auf die Belastung des „kleinen Mannes“ sorgsam zu prüfen und ggf. zu kompensieren. ...“

Antwort der AFD: Nein

„Um die Investitionen in die sogenannten „erneuerbare Energie“ zu fördern, wurden die Netzbetreiber unseres Landes von den Altparteien gesetzlich nicht nur dazu verpflichtet, den überflüssigen Strom aus Anlagen zur Erzeugung „erneuerbaren“ Energien abzunehmen – die Netzbetreiber müssen diesen völlig am Bedarf vorbei produzierten Strom auch noch mit garantierten Preisen vergüten, die in aller Regel ein Mehrfaches über dem Marktwert des Stromes liegen. Häufig muss dieser unnötige Strom teuer ins Ausland verkauft werden, nur um ihn ein paar Stunden später erneut zurückzukaufen (wenn z. B. in Flautephasen nicht genügend Wind weht), um den Strombedarf zu decken.“

Fakt ist:

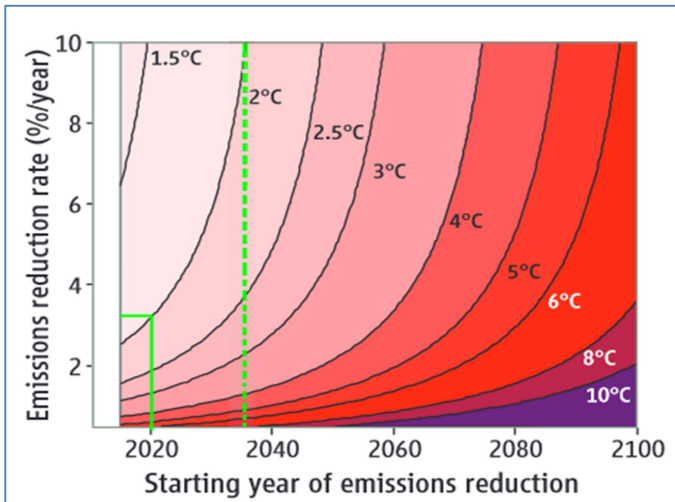
Der Wegfall von Subventionen bis Ende 2019, mit denen die Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Öl und Gas) gefördert wird, würde eine unmittelbare Lenkungswirkung in Richtung auf weniger CO₂-Emissionen ausüben. Dass dabei soziale Aspekte berücksichtigt werden müssen, versteht sich von selbst. Was die Antwort der AFD mit dieser Fragestellung zu tun hat, erschließt sich mir nicht.

Ein Aspekt wird jedoch bei den Antworten auf diese Frage wie auch auf die beiden vorangegangenen Fragen nicht genannt, der aber für die Bewältigung der Klimakrise von herausragender Bedeutung ist: Der Zeitfaktor.

Tatsache ist, dass das Klimasystem ein außerordentlich komplexes, und, nach menschlichen Maßstäben auch sehr träges System ist. So wie rund 200 Jahre vergangen sind, ehe eine Reaktion des Klimasystems für Jeden spürbar ist, so würde ebenfalls eine solch lange Zeit für die „Erholung“ des Klimasystems benötigt, selbst wenn wir die CO₂-Emission sofort und schlagartig auf das vorindustrielle Niveau senken würden. Das ist natürlich nicht realistisch, aber es gibt zeitliche Grenzen, um das Ziel einer sinnvollen Begrenzung der Erwärmung unseres Planeten überhaupt erreichen zu können.

Solche Grenzen sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt. Sie zeigt mögliche Pfade der Verringerung der CO₂-Emission. Auf der Y-Achse ist angegeben, um wieviel Prozent pro Jahr die Emission reduziert werden muss, um eine bestimmte maximale Erhöhung der globalen mittleren Temperatur nicht zu überschreiten. Auf der X-Achse ist dargestellt, in welchem Jahr der Peak der Emissionen erreicht sein muss.

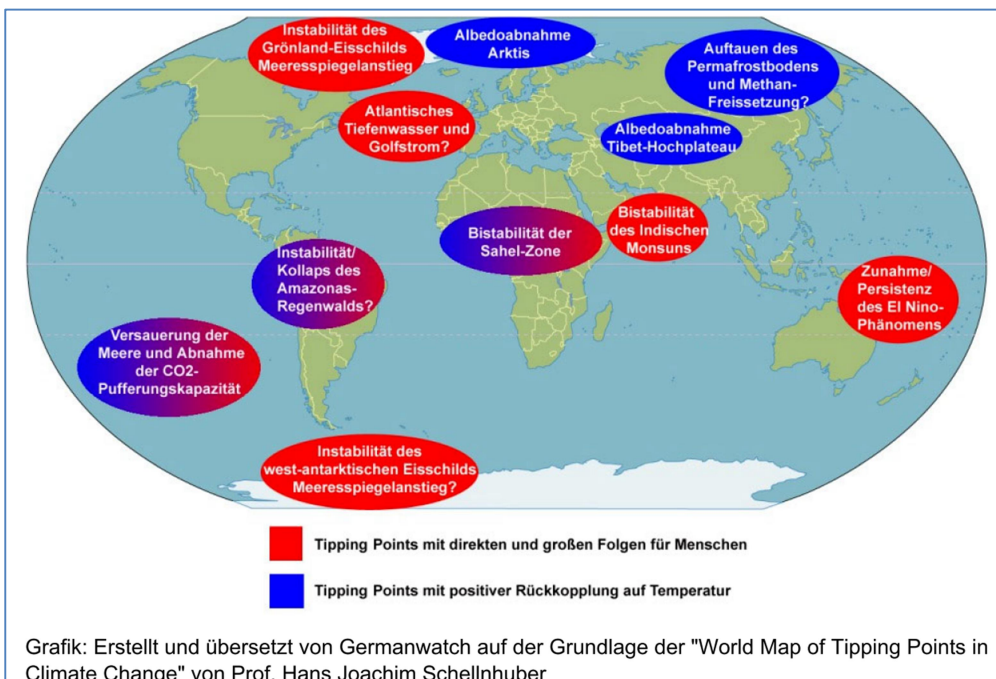
Es zeigt sich, dass wenn beispielsweise im Jahr 2020 die Reduktion beginnt, die jährliche Reduktionsrate etwa 3,5 % betragen muss, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen (durchgezogene grüne Linie).



Das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels ist mit dem Beginn der Reduktion im Jahr 2020 bereits gefährdet, denn mehr als 10% jährliche Reduktionsrate sind außerordentlich problematisch!

Quelle: <https://philosophenstuebchen.wordpress.com/2017/05/04/die-herausforderung/>

Ein weiterer Aspekt, der für ein sofortiges Handeln spricht, ist die Möglichkeit des Überschreitens von sogenannten Kipp-Punkten (engl. Tipping Points). Auch hier kommt die Komplexität des globalen Klimasystems zum Ausdruck. Komplexe Systeme können in ihrer Entwicklung Punkte überschreiten, die zu einer irreversiblen, also nicht mehr rückgängig machbaren weiteren Entwicklung führen. Das Überschreiten solcher Kipp-Punkte sollte also tunlichst vermieden werden. Beispiele für Kipp-Punkte sind nachfolgend dargestellt:



Alles in Allem kann abschließend an dieser Stelle nur betont werden, dass vor allem schnelles und wirksames Handeln notwendig ist. Die Forderung nach weitreichender Abschaffung der Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger noch in diesem Jahr ist also wirklich begründet und schafft u. U. sogar Handlungsspielräume in der Zukunft.